

# Ein politisches Geschenk mit der Bitte, es abzulehnen

Rat beschließt Zulage für Ausschussvorsitzende, hofft auf Verzichtserklärungen

Von Sebastian Smulka

**Unna. Ob Unna den Vorsitzenden politischer Ausschüsse eine Zulage zahlt, entscheiden allein die möglichen Empfänger. Die Politik setzt auf freiwilligen Verzicht. Einfordern kann sie ihn nicht.**

386,80 Euro monatlich sollen die Vorsitzenden von elf politischen Fachausschüssen in Unna erhalten, das ist die Folge aus dem neuen Landesgesetz zur „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“. Paradoxerweise hebt gerade dieses Gesetz die Entscheidungshoheit der Kommunen aus: Wehren können sich die Stadträte gegen diese Zulage wohl nicht. Eine Ausnahmeregelung, die es erlauben würde, einige Ausschüsse von der Bonusliste zu streichen, erlaubt offenbar keinen Pauschalausschluss aller Gremien, ist auch die Lesart des Bürgermeisters. Wo die Grenze zwischen „einigen“ und „zu

vielen“ liegt, ist allerdings völlig unklar.

Auch im Rat der Stadt gab es eine leidenschaftliche und zähe Debatte über das Gesetz, seine Auswirkungen und Unnas Umgang damit. Dass das Gesetz handwerklich schlecht gemacht sei, wenn es derlei Unklarheiten zulasse, äußerten Stimmen mehrerer Fraktionen. Weiter reichte die Einigkeit nicht.

Klaus Göldner von der FLU und Martin Bick von der FDP sprachen sich dafür aus, einen kommunalen Beschluss über die Aufnahme der Zulage in Unnas Hauptsatzung zu verschieben, bis das Land Klarheit geschaffen hat. Sie fanden aber mit diesem Antrag keine Mehrheit. Göldner war zuvor mit dem Antrag gescheitert, über die Absetzung von der Tagesordnung in geheimer Abstimmung befinden zu lassen.

Als es schließlich um die Satzungsänderung selbst ging, gab es 13 Gegenstimmen – obwohl jene Ratsmit-

glieder nach Einschätzung des Bürgermeisters gegen ihre Verpflichtungsformel verstießen, Recht und Gesetz zu beachten.

Nun also setzt die Stadt auf einen freiwilligen Verzicht der Ausschussvorsitzenden auf die monatliche Zulage. Laut Hauptsatzung muss die Stadt den Betrag auszahlen, aber jeder Ausschussvorsitzende hat das Recht, individuell und persönlich eine Verpflichtungserklärung abzugeben. Er könne dazu nicht vom Rat oder seiner Fraktion gezwungen werden, stellte Bürgermeister Werner Kolter klar. Zudem könne die Verzichtserklärung jederzeit widerrufen werden.

Laut CDU-Fraktionschef Rudolf Fröhlich haben die Ausschussvorsitzenden der Union bereits Verzichtserklärungen abgegeben. SPD-Fraktionschef Volker König will es auch getan haben und erklärte, dass sich die anderen Ausschussvorsitzen-

den der SPD es ebenfalls vorstellen können. Die Grünen scheinen darüber nachzudenken, ob ihre beiden Ausschussvorsitzenden sich das Geld auszahlen lassen, um es dann zu spenden.

Hintergrund ist eine Idee der SPD, auch das freiwillig nicht in Anspruch genommene Geld im Haushalt stehen zu lassen und dann Projekte des Ehrenamtes damit zu unterstützen. Im Idealfall wären jährlich 51.000 Euro verfügbar. Die bündnisgrüne Fraktionsvorsitzende Charlotte Kunert sieht allerdings die Gefahr, dass die Politik keinen Konsens in der Frage der Mittelverwendung erzielen kann.

FDP-Mann Martin Bick hat zudem eine andere Sorge: Wenn am Ende des Jahres deutlich weniger Geld in der Kasse sei, drohe eine Hetzkampagne gegen diejenigen, die das Geld in Anspruch genommen haben. Klare Regelungen würden dies verhindern.